

UA Donnerstag, 16. Juni 2016

Bürger entscheiden über die Windkraft

Neu-Anspach (hs/hin). Nun haben die Bürger das Wort. Während der Parlamentssitzung am Dienstagabend haben sich die Neu-Anspacher Stadtverordneten mit einer 26:10-Mehrheit für einen Bürgerentscheid zum Thema Windenergie ausgesprochen. CDU, FWG, Linke und Bündnis 90/Die Grünen waren dafür, die B-NOW dagegen.

„Das ist eine gute Entscheidung, die ich schon lange angeregt habe“, kommentierte Bürgermeister Klaus Hoffmann. Frühester Termin für einen Bürgerentscheid wäre nach der hessischen Gemeindeordnung der 18. September. Hinfällig würde dieser nach Auskunft Hoffmanns allerdings, falls das Regierungspräsidium den Bau der Windkraftanlagen genehmigt. „Ob und wann das passiert, wissen wir nicht. Wir rechnen ja eigentlich schon seit zwei Jahren mit einer Entscheidung“, so Hoffmann. Sollte das Regierungspräsidium keine Genehmigung erteilen, käme Neu-Anspach nach Auskunft Hoffmanns ab dem 21. August ohne finanzielle Verluste aus dem Vertrag mit dem potenziellen Betreiber JuWi heraus.

Vor der Abstimmung ging es im Parlament hoch her. Die Befürworter des Antrags, die nach den jüngsten Kommunalwahlen eine eher „windkraft-kritische“ Stimmung erkannt haben, wollten klare Verhältnisse schaffen, betonten aber noch einmal die Notwendigkeit der Energiewende.

Für die B-NOW macht ein Bürgerentscheid dagegen derzeit keinen Sinn. Es bestünde das Risiko, dass das Sonderkündigungsrecht der Stadt damit verwirkt werde. „Daher sieht die Bürgerliste die Kündigung des Vertrags zum Stichtag am 21. August als notwendig an“, so Sprecher Bernd Töpferwien. Außerdem müsse vor einem möglichen Bürgerentscheid der Akteneinsichtsausschuss, der sich mit den Verträgen rund um die Windkraft befasst, seine Arbeit abgeschlossen haben. „Aus diesem Grunde haben wir nach heftiger Diskussion den Antrag abgelehnt.“

Welche Frage die Bürger bei der Abstimmung konkret beantworten dürfen, muss noch erarbeitet werden. Fest steht, dass es eine klare „Ja-oder-Nein-Frage“ sein muss. „Ich hoffe, dass unsere Bürger diese Möglichkeit der Abstimmung wahrnehmen und danach der innere Friede in Neu-Anspach wiederhergestellt ist“, resümierte Hoffmann die Parlamentssitzung.